

FESTAKT „90 JAHRE WEIMARER REICHsverFASSUNG“
AM 11. AUGUST 2009
IM DEUTSCHEN NATIONALTHEATER WEIMAR

2	EDITORIAL
4	BEGRÜSSUNG DURCH DIE PRÄSIDENTIN DES THÜRINGER LANDTAGS <i>Prof. Dr.-Ing. habil. Dagmar Schipanski</i>
6	ANSPRACHE DES THÜRINGER MINISTERPRÄSIDENTEN <i>Dieter Althaus</i>
8	FESTREDE DES BUNDESTAGSPRÄSIDENTEN <i>Prof. Dr. Norbert Lammert</i>
21	IMPRESSIONEN



Editorial

Vor 90 Jahren, am 31. Juli 1919, verabschiedete die in Weimar tagende Nationalversammlung die „Verfassung des Deutschen Reiches“, die Weimarer Verfassung. Am 11. August von Reichspräsident Friedrich Ebert im thüringischen Schwarzburg unterzeichnet, trat die neue Staatsordnung am 14. August 1919 in Kraft. Die Weimarer Reichsverfassung war die erste demokratisch legitimierte, freiheitliche Verfassung der Deutschen. Sie galt in der ganzen Welt als vorbildlich. Weimar wurde durch sie nicht nur zur Geburtsstadt der ersten deutschen Republik. Der Name der Stadt war fortan das Symbol einer bedeutenden, gleichzeitig auch schicksalhaften Epoche der deutschen Geschichte.

Mit dem „Geist von Weimar“, der Stadt Goethes und Schillers, wollte man bewusst an die besten deutschen Geistestradiationen anknüpfen und ein Signal für einen Neuanfang setzen. Dass die Weimarer Republik unterging, das lag nicht an der Weimarer Reichsverfassung an sich. Sie scheiterte, weil es nicht genügend Demokraten gab, die sich zu ihr bekannten. Sie scheiterte, weil das demokratische Bewusstsein im Volk noch nicht verankert war. Und dennoch: Weimar hat Akzente gesetzt: mit der Abkehr vom monarchischen Obrigkeitsstaat durch das Prinzip der Volkssouveränität, mit föderativen Elementen im Reichsaufbau – wenngleich mit stark zentralistischen Zügen – und mit einem umfangreichen Grundrechtskatalog, der auch Grundpflichten enthielt, wie beispielsweise das Frauenwahlrecht. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland zogen ihre Konsequenzen aus Weimar und schufen

1949 eine neue deutsche Verfassung, die die Demokratie wehrhaft und wertgebunden macht.

Der Freistaat Thüringen hat guten Grund, 90 Jahre nach Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung dieses Jubiläums zu gedenken. Nicht nur weil die Stadt Weimar der Epoche der ersten deutschen Republik den Namen gab. Heute sind wir stolz, dass der Freistaat Thüringen als souveränes Land in den Bund der deutschen Länder zurückgekehrt ist. Möglich gemacht haben das die Demonstrationen 1989: Auf friedlichem Wege haben Menschenwürde, Freiheit und Demokratie einen Sieg über die Diktatur errungen.

Diese Dokumentation erinnert an das bedeutende Ereignis vor 90 Jahren und unterstreicht zugleich dessen Strahlkraft für die Entwicklung der Demokratie bis in die heutige Zeit.



**Begrüßung durch die Präsidentin
des Thüringer Landtags,
Prof. Dr.-Ing. habil. Dagmar Schipanski**

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident Lammert, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Althaus, Herr Präsident des Thüringer Verfassungsgerichtshofes Graef, meine Damen und Herren Vertreter des diplomatischen und konsularischen Corps, sehr geehrter Herr Parteivorsitzender Westerwelle, meine Damen und Herren Abgeordnete des Bundes- und der Landtage,

Herr Oberbürgermeister Wolf, sehr geehrte Mitglieder des Thüringer Kabinetts, meine Damen und Herren Landräte, sehr geehrte Vertreter der Gerichtsbarkeit, der Kirchen und der Bundeswehr, meine Damen und Herren aus Wissenschaft, Wirtschaft und Medien, liebe Gäste,

ich begrüße Sie sehr herzlich zum Festakt des Thüringer Landtags und der Thüringer Landesregierung anlässlich der 90. Wiederkehr der Unterzeichnung der Weimarer Verfassung. Es ist mir eine große Freude, Sie hier am authentischen Ort der Beratung und Verabschiedung der Konstitution der ersten deutschen Republik willkommen heißen zu können.

Ganz besonders herzlich begrüße ich unseren aus Berlin angereisten Festredner, den Präsidenten des Deutschen Bundestages. Lieber Herrn Lammert, Sie arbeiten und residieren heute wieder in dem „Dem Deutschen Volke“ gewidmeten Reichstag. In jenem Gebäude also, in dem die Abgeordneten der Nationalversammlung aus Sorge vor den Januarunruhen in Berlin 1919 nicht tagen mochten und statt dessen die relative Ruhe Weimars bevorzugten. Dass das Herz unserer parlamentarischen Demokratie noch vor Ablauf des 2. Millenniums im geschichtsträchtigen Reichstag wieder zu schlagen begann, gehört sicher zu den überraschendsten Tatsachen des an Brüchen reichen 20. Jahrhunderts.

Heute sind wir an den Ort des Geschehens vor 90 Jahren zurückgekehrt, als hier im Deutschen Nationaltheater Weimar die Nationalversammlung tagte. Erinnern wir uns, meine Damen und Herren, aufgrund der innenpolitischen Belastungen, der Weihnachtskämpfe und der gewaltsamen Januarunruhen wollte Friedrich Ebert

die Nationalversammlung nicht nach Berlin einberufen. Zudem wollte er den zentrifugalen politischen Kräften in Süddeutschland entgegenwirken, die einer „Los-von-Berlin-Bewegung“ anhängen. Also schlug Ebert vor, die Nationalversammlung „mehr in das Herz Deutschlands hineinzuverlegen.“

Der Oberbürgermeister von Berlin war empört über diese Pläne und forderte Ebert auf, in Berlin zu tagen. Die Mitglieder der Nationalversammlung hätten die Pflicht, Zitat, „sich im politischen Kampf zu stählen und ihm nicht aus dem Weg zu gehen.“

Ebert ließ nicht ab von seinen Plänen und so inspierten Staatsbeamte mehrere mitteldeutsche Städte. Bayreuth schied jedoch wegen der unzureichenden Unterbringungsmöglichkeiten aus. Gegen Nürnberg gab es Sicherheitsbedenken. In Jena mangelte es an Räumen für die Regierung. In Weimar hingegen fand man in Theater und Schloss „sehr angenehme Verhältnisse“ und die Sicherheitsfragen galten in der kleinen Stadt als lösbar.

Weimar bekam den Zuschlag und so traten hier am 6. Februar 1919 die gewählten Abgeordneten der Nationalversammlung zusammen, um präzise zu sein: 397 von 423 Abgeordneten. Sie hatten im Parkett ihre Plätze. Sie saßen nach Fraktionen aufgeteilt und einigermaßen komfortabel, aber ohne Schreibpulte, was die Arbeit zweifellos erschwert haben wird. Die Vertreter der Reichsregierung und der Länder waren mit dem

Präsidium der Reichsversammlung auf dem vorderen Teil der Bühne untergebracht. Für Kabinettsitzungen stand der Regierung der Ankleideraum für das Ballett zur Verfügung.

Aber nicht nur die große Politik versammelte sich vor 90 Jahren in diesem Theater. Auch der Andrang des Publikums war unerwartet groß. Alle führenden deutschen und ausländischen Zeitungen hatten eigene Korrespondenten nach Weimar entsandt. Allein 400 Journalisten hatten sich hier im Theater eingefunden.

Übrigens, Zeitungen berichteten, es entspann sich um die wenigen Besucherkarten „ein Wettstreit, wie in früheren Zeiten um die Billets zu einem Caruso-Abend.“

IN WEIMAR VOLLZOG SICH DIE WANDLUNG
VOM IMPERIALISMUS ZUM IDEALISMUS, VON
DER WELTMACHT ZUR GEISTIGEN GRÖSSE

Von so einer Resonanz kann ich als Parlamentspräsidentin heute leider nur träumen!

Während, wie bereits erwähnt, praktische Aspekte Weimar als Tagungsort der National-

versammlung prädestinierten, verwies Friedrich Ebert in seiner Eröffnungsrede jedoch auf den „Geist von Weimar“ als ideell-kulturellen Bezugspunkt für die junge Republik. Ebert sagte:

„Wie der 9. November 1918 angeknüpft hat an den 18. März 1848, so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. Es charakterisiert durchaus die nur auf äußeren Glanz gestellte Zeit der Wilhelminischen Ära, das Lassallesche Wort, daß die klassischen deutschen Denker und Dichter nur im Kra-

nichzug über sie hinweggefliegen seien. Jetzt muß der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen.“ Zitat Ende.

In diesem Raum wurde für mehr als ein halbes Jahr um die Zukunft der noch jungen Republik gerungen, gestritten und gekämpft.

Der Gedanke des allgemeinen Menschenrechts auf Freiheit, der schon seit der Französischen Revolution

in Deutschland gährte, in diesem Raum ist er erstmals in unserer Geschichte für rechtsverbindlich erklärt worden. Insofern bildete die an diesem Ort verabschiedete Verfassung den viel versprechenden Auftakt zur ersten Volksherrschaft auf deutschem Gebiet.

Schon in der Präambel der Weimarer Verfassung wird deutlich, dass die in der deutschen Geschichte durchaus vorhandenen parlamentarischen und demokratischen

Traditionen auf ein völlig neues Niveau gehoben werden sollten. So heißt es in der Präambel:

„Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.“

In diesen wenigen und dennoch verheißungsvollen Worten der Präambel klingen bereits die Grundsätze der ersten deutschen Republik an, ihre Prinzipien der Volkssouveränität und der Gewaltenteilung sowie die Garantie individueller Freiheiten. Dazu gehörte erstmals auch die staatsbürgerliche Gleichstellung der Frau.

In 181 Artikeln regelte die Weimarer Verfassung den Aufbau und die Aufgaben des Reiches sowie die Grundrechte und auch die Grundpflichten der Deutschen. Insgesamt entwirft sie das Bild einer auf Freiheit gegründeten, sozialen und solidarischen Gemeinschaft, die um Ausgewogenheit und Balance aller gesellschaftlichen Kräfte bemüht ist.

Nach sechsmonatiger Beratung im zuständigen Ausschuss wurde der Verfassungstext mit 262 gegen 75 Stimmen am 31. Juli 1919 von der Nationalversammlung verabschiedet. Danach unterzeichnete Friedrich Ebert am 11. August in Schwarzburg das Dokument und zwar – für heutige Verhältnisse undenkbar – ganz ohne protokollierendes Zeremoniell und Feierlichkeiten. Drei Tage später trat die Weimarer Verfassung durch Verkündung im Reichsgesetzblatt in Kraft.

Diese Verfassung war ein verheißungsvoller, aber kurzer Aufbruch, dem eine lange Agonie folgen sollte.

Denn die Weimarer Verfassung avancierte nach 1919 zum Symbol der Republik, obwohl ihr die Mehrheit der Bevölkerung eher gleichgültig gegenüber stand. Die radikalen Rechten hatten jedoch mit ihren aufkeimenden und an Stärke gewinnenden Hasskampagnen dafür gesorgt, dass die Weimarer Verfassung mit dem Wesen der Republik identifiziert und vor allem diskreditiert wurde. Der Kampf um die Verfassung war also am 11. August 1919 keineswegs abgeschlossen, sondern lediglich in die Phase ihrer allgemeinen Durchsetzung eingetreten.

Die Vorzüge und die Bedingungen einer parlamentarischen Demokratie waren (auch damals) in der Bevölkerung weithin unbekannt und auch unter den Abgeordneten selbst nicht unumstritten. Die Mehrheit der deutschen Bürgerinnen und Bürger waren daran gewöhnt, ihre Herrscher zu fürchten und ihnen zu gehorchen. Gemeinsam mit ihnen um die besten politischen Lösungen zu streiten, das war ein Novum in der deutschen Geschichte, die eine lange Tradition der Unfreiheit und Unterdrückung kennt.

Wer wird hier nicht an die Diskussionen um unsere freiheitlich demokratische Ordnung seit 1990 erinnert?

Der Weimarer Republik fehlte es an „Verfassungspatrioten“, wie Tucholsky es treffend charakterisierte, eine Republik ohne Republikaner. Die grassierende Verachtung der Demokratie, mit der die Radikalen große Teile der Gesellschaft infizierten, und die Tatsache, dass die Weimarer Republik antidemokratischen Tendenzen



durch ihre vollständige Neutralität gegenüber erklärten Verfassungsfeinden keinen Einhalt gebieten konnte, diese Umstände standen am Beginn des Weges in die Katastrophe nach 1933.

Und auch hier kann ich uns nur ermutigen, uns gegen die Feinde der Demokratie zu wehren und immer wieder darauf hinzuweisen, dass die Demokratie vom Beitrag jedes Einzelnen lebt, von seinem aktiven Einbringen in die Gesellschaft oder auch nur davon, seine demokratischen Rechte zu nutzen.

Das vornehmste Recht, das Wahlrecht, können wir in diesem Jahr vielfach nutzen. Ich ermutige jeden, dieses Recht aktiv wahrzunehmen, damit unsere Demokratie gestärkt wird.

Die 14 Jahre Weimarer Republik bieten reichlich Anknüpfungspunkte für divergierende Bewertungen. Für die Ökonomen ist sie ein krisengeschütteltes Zwischenspiel vom Kaiserreich zur NS-Diktatur. Die Kulturwissenschaftler sehen in der Weimarer Republik einen „Brennpunkt“ der Moderne und eine Zeit kultureller Höchstleistungen. Für die Wissenschaftshistoriker ist es eine Periode der internationalen Anerkennung mit allein 14 Nobelpreisen für deutsche Forscher in den naturwissenschaftlichen Disziplinen.

Einen Verfassungskonsens ausbilden zu können, so wie wir ihn vom Grundgesetz kennen, war der Weimarer Republik in der Kürze der Zeit nicht vergönnt. Die Verfassung stand vor der Herausforderung, sich bei extremen außen- und innenpolitischen Problemen bewähren und in der Bevölkerung Rückhalt finden zu müs-

sen. Dass ihr dies nicht gelang, dass es der Weimarer Republik an Verfassungspatriotismus mangelte und an Verfassungspatrioten fehlte, all dies der Verfassung selbst anzulasten, ginge jedoch fehl.

Dass die Bundesrepublik Deutschland und die DDR unterschiedliche Konsequenzen aus der historischen Analyse der Weimarer Republik zogen, ist alles andere als eine Überraschung. Die Analyse brachte eine unterschiedliche politische Weichenstellung nach 1945.

Über Jahrzehnte hat sie unsere Lebenswirklichkeit geprägt. Auf der einen Seite entstand eine parlamentarische Demokratie, die die Mängel der Reichsverfassung von 1919 beseitigte. Auf der anderen Seite eine kommunistische Parteidiktatur, die sich nur den Anschein einer demokratischen Verfasstheit gab.

Erst kürzlich schrieb die Wochenzeitung „Die Zeit“ auf 220 Jahre deutsche Demokratiegeschichte zurückblickend:

„Die Republik hat gesiegt. Ihre Gegner hat die Geschichte verschlungen. Die rechten Antidemokraten, von den Monarchisten bis zu den Faschisten, sind 1945 zur Hölle gefahren, die linken 1989 zu Staub zerfallen, als über Leipzig die Freiheitssonne aufging. Die Republik hat gesiegt. Es hat ein bisschen gedauert.“

Lassen Sie uns diese Dauer ein bisschen verlängern. Dazu sind wir heute zusammengekommen. Ich danke Ihnen für Ihr Kommen und setze auf Ihr weiteres tatkräftiges, demokratisches Wirken.



Ansprache des Thüringer Ministerpräsidenten Dieter Althaus

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Frau Prof. Dagmar Schipanski, sehr geehrter Herr Bundestagspräsident, lieber Herr Prof. Dr. Norbert Lammert, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag und dem Thüringer Landtag, sehr geehrter Herr Verfassungsgerichtspräsident, lieber Herr Graef, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Kabinett, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine lieben Festgäste!

Als am 11. August Friedrich Ebert die Weimarer Verfassung unterzeichnete, geschah das in Stille. Es geschah leise. Dass wir heute, am 11. August 2009, auf diese Weimarer Reichsverfassung zurückschauen, ist ein großes Glück. Denn an dieser historischen Stelle, hier im Deutschen Nationaltheater, begann etwas, das über viele Jahre geprägt hat. Das aber nicht ausreichend geprägt hat. Wir leben jetzt in einem geeinten, in einem freien Deutschland. Wir haben gemeinsam eine freiheitliche Demokratie errungen. Wir dürfen in diesem Jahr auf 90 Jahre Weimarer Reichsverfassung schauen, und gleichzeitig auch auf 60 Jahre Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und 20 Jahre Mauerfall, 20 Jahre friedliche Revolution.

Mit diesem Festakt verbinden wir deutlich ein Bekenntnis zu Weimar. Und mit diesem Bekenntnis wird deutlich, mit welchem Optimismus und mit welcher Vision wir dieses Erbe, das wir gemeinsam zu verantworten haben, aufnehmen. Damals, 1919, ging es um die Abschaffung der Standesunterschiede, den Schutz von Ehe und

Mutterschaft, die Wahlfreiheit, die Glaubensfreiheit, die wirtschaftliche Freiheit, das einheitliche Arbeitsrecht und auch die allgemeine Schulpflicht. Aber es mangelte an der Konsequenz der Demokraten und: „Es gab aber schlichtweg zu wenige Demokraten, die das neue System leben wollten. Ohne Demokraten kann man keine Demokratie begründen.“

Es gab aber weitere Gründe für das Scheitern: wirtschaftliche Probleme und der aufkeimende, sich ausbreitende politische Extremismus. Wenn wir Parallelen zu heute ziehen, dann diese: Wir erleben noch immer ein allzu großes politisches Desinteresse, wir haben aufgrund der Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise besondere Aufgaben als Gesellschaft, als Politik zu erfüllen. Und wir müssen erleben, dass rechtsextreme Parteien unter uns sind und um Zustimmung werben. Das heißt, wir haben Verantwortung wahrzunehmen – zum einen aus historischer Pflicht, zum anderen aber auch der Zukunft zuliebe.

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind gefragt. Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sind gefragt, und gerade an einem solchen Tag kann ein deutliches Signal für Demokratie und Freiheit gesetzt werden. Die Deutschen haben es in den letzten knapp 20 Jahren geschafft, ein einheitliches, ein wiedervereintes Deutschland so zu gestalten, dass auch die Lehre der Weimarer Republik und die Lehre des Nationalsozialismus, aber auch die Lehre der Teilung gezogen wurde. Dass wir heute in einer freiheitlich demokratischen Ordnung ein gemeinsames Grundgesetz leben können. Die Einheit aller Deutschen

zu schützen und zu wahren, dafür werden wir eintreten. Und dafür müssen auch unsere nachfolgenden Generationen eintreten.

Das heißt auch, dass wir eine wertbestimmte Demokratie sind und dafür immer wieder die Grundlagen erhalten und weitergeben müssen. Gerade in diesem Jahr, im Jahr der Demokratie, in dem wir besondere historische Daten in den Blick nehmen, wird das deutlich. Ich bin dankbar, dass viele Thüringerinnen und Thüringer sich in diesem

OHNE DEMOKRATEN KANN MAN KEINE
DEMOKRATIE BEGRÜNDEN

Jahr der Demokratie durch eigenes Mitwirken, durch eigenes Mittun einbringen. Ob es das auf kommunaler Ebene ist, in der konkreten Politikgestaltung, oder in

vielen ehrenamtlichen Bereichen unserer Gesellschaft, im Besonderen auch wenn es darum geht, aus der Zivilgesellschaft heraus Extremismus zu bekämpfen.

Verantwortung ist also zum einen Pflicht und Aufgabe für die Politik. Es ist aber ebenso eine gesellschaftliche Tugend für uns alle. Es ist wichtig, dass wir gerade die jungen Menschen, die nachfolgenden Generationen in dieses Denken, in diese Verantwortung mitnehmen. Denn in ihnen haben wir Mitstreiter für die Ideale von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu gewinnen. Mit dem heutigen Festakt wollen wir also auch ein Bekenntnis zur freiheitlichen Demokratie und zum geeinten und freien Deutschland erneuern. Und wir wollen dazu aufrufen, dass wir gemeinsam diese Demokratie lebendig erhalten und gestalten, und dass wir alles dafür tun, demokratiefeindliche Bestrebungen abzuwehren, aktiv zu bekämpfen.

Bernhard Vogel hat vor über zwölf Jahren in Winterberg formuliert, was gerade auch heute im Jahr 2009 ohne Einschränkung gilt: „Was wir gegenwärtig durchleben, sind fraglos keine ganz einfachen Jahre – das ist wahr. Aber wahr ist auch: Es sind bei Gott nicht die schwierigsten Jahre dieses [...] Jahrhunderts. Nein, es sind seine chancenreichsten Jahre.“

Gefragt sind Mut, Zuversicht, Tatkraft und Realismus. Die Visionen unserer Väter und Mütter nach 1945 – Wiederaufbau, Freiheit, Einheit – das schien damals fast unerreichbar. Aber diese Visionen sind heute erfüllt. Die Visionen heute müssen lauten: Lasst uns das 21. Jahrhundert zu einem Jahrhundert des Friedens, der Freiheit, des wirtschaftlichen Erfolgs und der sozialen Gerechtigkeit machen.“

Das ist gerade in der heutigen Zeit an Aktualität nicht zu übertreffen. Am heutigen Tag können wir deutlich machen, dass wir uns dieser Aufgabe bewusst sind. Und der heutige Tag kann einen wichtigen Beitrag dafür leisten, dass wir diese Aufgabe gemeinsam bewältigen.



Festrede des Bundestagspräsidenten Prof. Dr. Norbert Lammert

Die Unterzeichnung der Weimarer Reichsverfassung am 11. August 1919 ist ein bedeutendes Ereignis der deutschen Geschichte, jedenfalls in der vergleichsweise kurzen Geschichte der mühsamen Entwicklung von Demokratie und Parlamentarismus in Deutschland. Ein herausragendes Ereignis der deutschen Demokratiegeschichte ist die Weimarer Nationalversammlung schon deshalb, weil sie der erste und einzige in Deutschland je allgemein und demokratisch gewählte Verfassungskon-

vent war. Sie war und bleibt verbunden mit der Einführung des Frauenwahlrechts, mit dem das politisch eher rückständige Deutschland sogar hochangesehenen, etablierten Demokratien in Nachbarstaaten voraus war – eine der wenigen nachhaltigen Errungenschaften der Weimarer Demokratie.

Die neue Verfassung des Deutschen Reiches wurde am 11. August 1919 vom Reichspräsidenten Friedrich Ebert unterzeichnet, übrigens nicht in Weimar, sondern in Schwarzburg, einem thüringischen Erholungsort, und zwar in einem Nebengebäude des Hotels „Weißer Hirsch“, in dem Ebert wohnte. Im Unterschied zur Verfassung existiert das Hotel heute noch: ein dezenter Hinweis auf die relative Haltbarkeit bedeutender Institutionen des Staates und der Zivilgesellschaft.

Mit der Verkündung im Reichsgesetzblatt trat die Verfassung am 14. August in Kraft. Eine Woche später verabschiedete sich die Nationalversammlung aus Weimar, übernahm aber bis zum Zusammentreten des ersten Reichstages im Mai 1920 dessen gesetzgeberische Aufgaben.

Am Tage der Unterzeichnung der neuen Verfassung, am gleichen 11. August 1919, begannen in Berlin deutsch-polnische Verhandlungen über die Räumung der deutschen Ostgebiete, die im Versailler Vertrag Polen zugesprochen waren: eine wohl zufällige, aber symbolträchtige Koinzidenz zweier historischer Veränderungen der bisherigen Verhältnisse.

Der Vertrag von Versailles, der Frieden schaffen sollte, aber Unfrieden unter den Völkern Europas stiftete, lag

wie ein Schatten über dem ehrgeizigen Versuch, nach der militärischen Niederlage und dem Sturz der Monarchie in die politische Moderne aufzubrechen durch den Aufbau einer parlamentarischen Demokratie, die tatsächlich nach wenigen Jahren scheiterte und in einer beispiellosen Katastrophe endete. Über die tragische Geschichte der Weimarer Verfassung und der von ihr begründeten Demokratie lässt sich nicht reden, jedenfalls nicht urteilen, ohne die Vorgeschichte und die Nachwirkungen des Versailler Vertrages, der mit ähnlichem Ehrgeiz verhandelt wurde und wie diese gescheitert ist.

„Unser Programm ist das Programm des Weltfriedens“, hatte US-Präsident Woodrow Wilson vor Beginn der Pariser Konferenz verkündet; „wir wollten nicht nur den Frieden vorbereiten, sondern den ewigen Frieden“, so der britische Diplomat Harold Nicholson. Dies ist leider gründlich misslungen.

Mit dem Friedensvertrag, den die Deutschen schließlich im Spiegelsaal von Versailles zu unterzeichnen hatten, mit Verpflichtungen und Bedingungen, die zum Rücktritt der Reichsregierung unter Führung von Philipp Scheidemann führten, und den die Nationalversammlung gleichwohl mitten in den Beratungen über die Reichsverfassung am 9. Juli ratifizierte, verlor Deutschland ein Siebtel seines Territoriums von 1914 mit insgesamt einem Zehntel seiner Bevölkerung.

Das Rheinland wurde von den Siegermächten besetzt, Ostpreußen durch einen polnischen Korridor vom Reich abgetrennt, Danzig wurde zu einer Freien Stadt unter dem Schutz des Völkerbundes, dem ausgerechnet die

Vereinigten Staaten, die mit Nachdruck für ihn geworben hatten, gar nicht erst beitraten, die deutschen Kolonien wurden unter den Siegermächten aufgeteilt. Damals haben die Siegermächte „die Karte Europas gezeichnet, wie sie mehr oder weniger heute noch gültig ist. Tatsächlich aber hat keiner der Unterzeichner die Auswirkungen des eigenen Handelns überblickt“, kommentierte kürzlich der frühere amerikanische Außenminister Henry Kissinger die „doppelte Bedeutung“ des Versailler Vertrages über die unmittelbaren Regelungsabsichten hinaus (SPIEGEL-Gespräch 28/2009).

Ob beabsichtigt oder unbeabsichtigt – neben den materiellen Lasten und territorialen Abtretungen hatte insbesondere der Kriegsschuldartikel 231, der als einseitige Schuldzuweisung gegenüber Deutschland und seinen Verbündeten verstanden wurde und auch so gemeint war, politisch-psychologische Auswirkungen, die die Lebenskraft der Weimarer Republik von Beginn an beeinträchtigten. Er wirkte wie die amtliche Bestätigung der von Nationalisten und Nationalsozialisten mit diabolischem Eifer verbreiteten Dolchstoßlegende.

Die Wahlen zur Nationalversammlung fanden am 19. Januar 1919 statt, genau einen Tag nach der Eröffnung der Pariser Friedenskonferenz unter Vorsitz des französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau und ohne Beteiligung Deutschlands und seiner Kriegsverbündeten.

Von den 423 Mandaten der Nationalversammlung entfielen

- 165 auf die SPD (39 %)
- 91 auf das Zentrum (22 %)

- 75 auf die Deutsche Demokratische Partei (18 %)
- 44 auf die Deutschnationale Volkspartei (10 %)
- 22 auf die Unabhängigen Sozialdemokraten (5 %)
- 18 auf die Deutsche Volkspartei (4 %)
- 4 auf den Bayrischen Bauernbund (1 %)
- 4 auf sonstige Gruppierungen (1 %)

Dem Parlament gehörten erstmals 26 Frauen an. Die Zusammensetzung nach Berufen und Beschäftigungsverhältnissen zeigt dagegen im Vergleich zu früheren wie späteren Volksvertretungen keine auffälligen Unterschiede.

Zur feierlichen Eröffnung der Nationalversammlung am 6. Februar, nachmittags um 15 Uhr, war nach Berichten von Zeitzeugen „die halbe Stadt auf den Beinen“. Die damals 37.000 Einwohner zählende Stadt wuchs vorübergehend um rund 4.000 Gäste. Trotz mancher Besorgnisse wegen der erwarteten Schwierigkeiten bei der Unterbringung und Verpflegung der Parlamentarier und ihrer Begleitung fühlten sich viele Bürger Weimars zugleich geschmeichelt und aufgewertet. „Wir wollen nicht in Abrede stellen, dass dies in der Geschichte Weimars ein Ereignis bildet, das geeignet ist, den Namen der Stadt vielleicht für Jahrhunderte von neuem berühmt zu machen“ (Weimarer Zeitung).

Zunächst war daran gedacht, das Weimarer Schloss für die Nationalversammlung zu nutzen – ein ebenso origineller wie zweifelhafter Austragungsort zur Ablösung

der monarchischen durch eine demokratische Staatsverfassung, ebenso war – als Referenz zur ersten Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche – die Herderkirche im Gespräch. Schließlich einigte man sich auf das Theater, das noch rasch in „Deutsches Nationaltheater“ umbenannt wurde. Das Theatergestühl wurde für die parlamentarische Versammlung entfernt, dafür wurden die Sessel aus dem Berliner Reichstagsgebäude aufgestellt. (Für den Festakt neunzig Jahre danach wird aus dem Reichstag nur noch der Parlamentspräsident entliehen, die Stühle können bleiben).

Friedrich Ebert eröffnete – noch als Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten – die Versammlung. In seiner Rede beschwor er den „Geist von Weimar“: „Die alten Grundlagen der deutschen Machtstellung sind für immer zerbrochen. Die preußische Hegemonie, das hohenzollernsche Heer, die Politik der schimmernden Wehr sind bei uns für alle Zukunft unmöglich geworden. Wie der 9. November 1918 angeknüpft hat an den 18. März 1848, so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe... Jetzt muss der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen“.

Die Wahl Weimars als Tagungsort der Nationalversammlung sollte den neuen demokratischen Staat mit den Traditionen des deutschen Idealismus verbinden. Neben Weimar standen damals auch Jena, Erfurt, Eisenach,

Kassel, Bayreuth, Bamberg, Würzburg und Nürnberg zur Diskussion und natürlich Frankfurt – allesamt honorige Adressen. Tatsächlich war die Wahl Weimars als Sitz der Nationalversammlung aus der Not der Berliner Turbulenzen geboren, nicht aus dem Geist des Idealismus.

„Dass die Wahl auf Weimar fiel, war auch ein Zeichen von Wunschdenken“, wie Peter Gay in seinem Buch „Die Republik der Außenseiter“ zutreffend analysiert: „Dass man einen Staat in Goethes Stadt gründete, gab keine Gewähr für einen Staat im Geiste Goethes. Es garantierte nicht einmal seinen Bestand. Die Republik wurde in der Niederlage geboren, lebte in Aufruhr und starb in der Katastrophe“.

Die Berufung auf den „genius loci“ von Weimar war demonstrativ und sehr bemüht; sie illustriert einmal mehr das notorisch schwierige Verhältnis von Politik und Kultur, nicht erst in der Moderne. Immerhin: die Kunstfreiheit wurde zur Grundmaxime demokratischer Kulturpolitik erklärt. Gegenüber der Verfassung von 1871 war bei den Freiheitsgarantien nicht nur die Kunst zur Wissenschaft hinzugekommen, sondern daran anschließend die Verpflichtung des Staates zu ihrem Schutz und ihrer Pflege eingeführt worden. „Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei. Der Staat gewährt ihnen Schutz und nimmt an ihrer Pflege teil“ (Art. 142 WRV). Auch diese Selbstverpflichtung der Weimarer Verfassung gehört zu den nachhaltigen Errungenschaften der deutschen Demokratie.

DIE KUNSTFREIHEIT WURDE
ZUR GRUNDMAXIME
DEMOKRATISCHER KULTURPOLITIK ERKLÄRT

Die Arbeit an der Verfassungsgebung in Weimar verlief im Ganzen sachlich, nüchtern und mit großem Engagement der Abgeordneten. Davon zeugen sowohl die Verhandlungsprotokolle als auch deren Ergebnis. In 87 Plenarsitzungen wurden die wichtigsten Fragen der künftigen politischen Verfassung Deutschlands debattiert und entschieden. Am 31. Juli wurde die Reichsverfassung verabschiedet mit 262 gegen 75 Stimmen, am 14. August trat sie in Kraft. Gleichzeitig wurde auch die schwarz-weiß-rote Flagge durch die Farben der deutschen Freiheits- und Einheitsbewegung aus der Zeit vor der Frankfurter Paulskirche ersetzt: schwarz-rot-gold.

Die Ausgangslage für die Arbeit der Nationalversammlung und den Aufbau einer stabilen demokratischen Republik war alles andere als günstig. Als die Parlamentarier zusammentraten, fanden sie die Hinterlassenschaft einer gescheiterten Monarchie und eines verlorenen Krieges vor. Für die notwendige Neuorganisation der Staatsgewalt in Gestalt einer demokratischen Republik gab es keine Entwürfe und keine Vorbilder. Soweit es in den Jahren zuvor überhaupt Verfassungsdebatten gegeben hatte bzw. Forderungen nach Verfassungsreformen, galten sie dem Kaiserreich und nicht einer Republik, die damals gar nicht zur Debatte stand. Manche Reformwartungen hatten sich im Übrigen in den sog. Oktoberreformen des turbulenten Jahres 1918 bereits erledigt.

Für den unvermeidlichen Neuanfang, den die einen wollten und die anderen nicht verhindern konnten, gab es

weder Vorarbeiten noch Vorlagen. In manchen Anliegen konnte man an die Paulskirchenverfassung anknüpfen, insbesondere im Blick auf Grundrechte. Der durchaus eindrucksvolle Katalog der Grundrechte galt in der Weimarer Verfassung freilich nur nach Maßgabe der Gesetze, stand also zur Disposition des Gesetzgebers. Dagegen hat das Grundgesetz bekanntlich umgekehrt alle Gesetze an die Grundrechte gebunden und damit erstmals alles staatliche Handeln nur nach Maßgabe der Verfassung legitimiert und deren Auslegung einem eigenen, unabhängigen Verfassungsgericht übertragen.

FÜR DIE NOTWENDIGE NEUORGANISATION
DER STAATSGEWALT IN GESTALT EINER
DEMOKRatischen REPUBLIK
GAB ES KEINE ENTWÜRFE UND KEINE
VORBILDER

Die Weimarer Verfassung hat gleichwohl beachtliche Verdienste in der Verankerung der demokratischen Legitimation staatlicher Machtausübung. Dies kommt in den Wahlen zu den Parlamenten wie des Reichspräsidenten zum Ausdruck, der Verantwortung der Regierung vor dem Parlament wie auch in demokratischen Ansprüchen an die Sozialverfassung.

Ganz besonders gilt dies für die Ausgestaltung des Wahlrechts, das die Unmittelbarkeit, Gleichheit und Geheimhaltung der Stimmabgabe und erstmals die Wahlberechtigung der Frauen vorsah.

Diese Regelungen haben die erste deutsche Republik ebenso überdauert wie die Weimarer Kirchenartikel, die Bestandteil des Religions- und des Staatskirchenrechts des Grundgesetzes geworden und geblieben sind.

Die weit verbreitete Kritik an der Weimarer Verfassung begann nicht erst nach 1945 in Verbindung mit dem zweiten Versuch eines demokratischen Neubeginns. Sie war schon in den Zwanzigerjahren deutlich zu hören, keineswegs nur von Anhängern der radikalen Parteien. So erklärte zum Beispiel Reichswehrminister Otto Geßler, der für die liberale DDP über acht Jahre verschiedenen Reichsregierungen angehörte, man habe „in unserer Reichsverfassung die unzweckmäßigsten Bestimmungen anderer Verfassungen zusammengestoppelt“. Darüber lässt sich durchaus streiten. Unbestreitbar sind die uneingelösten, teilweise wirklichkeitsfremden Erwartungen und die Distanz zwischen den großen Zielen und den bescheidenen Ergebnissen, die im Laufe der Jahre immer größer wurde.

Das Jubiläum der Weimarer Verfassung hat eine beachtliche Anzahl neuer Studien veranlasst, die sich um eine differenzierte Beurteilung der Entstehungsbedingungen, Absichten und Wirkungen dieser Verfassung auch im internationalen Vergleich bemühen. „Eine gute Verfassung mit schlechtem Image“: Unter diesem Titel befasst sich der Bielefelder Rechtswissenschaftler Prof. Christoph Gusy kritisch mit der landläufigen Kritik. Die Weimarer Verfassung sei „eine gute Verfassung in schlechter Zeit“. Tatsächlich ist die Verfassung der Weimarer Republik besser als ihr Ruf, sie hatte als Dokument eines demokratischen Erneuerungswillens manche Vorzüge, aber auch erhebliche Schwächen.

Das Jubiläum der Weimarer Verfassung hat eine beachtliche Anzahl neuer Studien veranlasst, die sich um eine differenzierte Beurteilung der Entstehungsbedingungen, Absichten und Wirkungen dieser Verfassung auch im internationalen Vergleich bemühen. „Eine gute Verfassung mit schlechtem Image“: Unter diesem Titel befasst sich der Bielefelder Rechtswissenschaftler Prof. Christoph Gusy kritisch mit der landläufigen Kritik. Die Weimarer Verfassung sei „eine gute Verfassung in schlechter Zeit“. Tatsächlich ist die Verfassung der Weimarer Republik besser als ihr Ruf, sie hatte als Dokument eines demokratischen Erneuerungswillens manche Vorzüge, aber auch erhebliche Schwächen.



Die „demokratischste Demokratie der Welt“ wie der damalige Reichsinnenminister Eduard David (21. 06.–03. 10. 1919) voreilig schwärmte, wurde Weimar nicht. Ein absurder Anspruch im Übrigen, der zu den maßlosen Erwartungen gehörte, denen die neue Republik gar nicht entsprechen konnte.

Die Weimarer Reichsverfassung war sicher gut gemeint, aber nicht wirklich gut gelungen. Sie war zweifellos besser als die damaligen Verhältnisse, vielleicht zu gut für schwierige Zeiten – also nicht gut genug für die Verhältnisse, die sie ordnen sollte.

Das uneingeschränkte Verhältniswahlrecht der neuen Republik wollte die Beteiligung auch von Minderheiten an der parlamentarischen Entscheidungsfindung sichern, hat durch den Verzicht auf jede Sperrklausel aber die Entwicklung eines funktionsfähigen Parteiensystems nicht befördert, sondern behindert und die parlamentarische Willensbildung erschwert. Allerdings hat sich in Preußen unter dem gleichen Verhältniswahlrecht das entwickelt, was im Weimarer Reichstag kaum je vorhanden war: stabile, handlungsfähige Regierungen, die von Parteien mit hohem Verantwortungsgefühl getragen waren. Das Wahlrecht alleine kann die Fehlentwicklungen dieser Zeit also weder verursacht haben noch erklären.

Der wohl folgenreichste Konstruktionsfehler der Weimarer Verfassung war die fehlende Balance zwischen den Verfassungsorganen. Die juristisch kunstvolle, politisch eher künstliche Gewichtsverteilung der zentralen Institutionen und ihrer Kompetenzen – Reichspräsident und Reichskanzler, Reichstag und Regierung, dazu die Möglichkeit von Plebisziten anstelle parlamentarischer Entscheidungen – hat eine längerfristig angelegte Arbeit der Regierung geradezu verhindert, da sie zwischen den jeweils durch Wahl direkt legitimierten Verfassungsorganen Präsident und Parlament immer wieder aufgerieben wurde. Die regelmäßigen vorzeitigen Auflösungen des Reichstages vor Ende der gesetzlichen Legislaturperiode sind Ausdruck dieser strukturellen Instabilität.

Sie wurde begünstigt durch den berüchtigten Artikel 48 der Verfassung, die dem Reichspräsidenten ein Notverordnungsrecht zugestand, das sich mit der zunehmenden Handlungsunfähigkeit des Reichstages immer mehr zu einer Ersatzgesetzgebung entwickelte.

In den knapp vierzehn Jahren der Weimarer Republik stürzten sechzehn Regierungen mit einer durchschnittlichen Amtszeit von acht (!) Monaten, mit zwölf Kanzlern und zwanzig Kabinetten. Die längste durchgehende Regierungszeit eines Kabinetts betrug 636 Tage (Hermann Müller, 1928 bis 1930), die kürzeste ganze 48 Tage (2. Kabinett Gustav Stresemann 1924). Die Weimarer Republik scheiterte – neben institutionellen Mängeln einer nur auf dem Papier eindrucksvollen Gewaltenteilung – nicht nur am Fehlen einer unangefochtenen, den Staat als Ganzes repräsentierenden republikanischen Autorität, sondern auch und vor allem an einer Serie politischer Fehlleistungen von Wählern und Gewählten, denen das wirklich Wichtige nicht wichtig genug und das eigene Interesse allzu wichtig war.

DIE WEIMARER VERFASSUNG –
EINE GUTE VERFASSUNG
IN EINER SCHLECHTEN ZEIT

Die politische Kultur der Weimarer Republik litt von Beginn an unter dem weitverbreiteten Zweifel über die Vorzüge und die Bedingungen einer parlamentarischen Demokratie. Diese Skepsis war genährt von Vorbehalten gegenüber dem Prinzip der Repräsentation und vom Misstrauen in pluralistisch-demokratische Entscheidungsprozesse. Das bei den Wählern wie bei ihren Repräsentanten verbreitete Unverständnis für die Notwendigkeit von Kompromissen als der vielleicht wichtigsten demokratischen Tugend stürzte 1930 die letzte von einer parlamentarischen Mehrheit getragene Reichsregierung. Sie stürzte übrigens über die Unfähigkeit einer Einigung über die Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge.

Damals waren in der bestehenden Großen Koalition aus SPD, Zentrum, Deutscher Volkspartei, Deutscher Demokratischer Partei und Bayrischer Volkspartei die jeweiligen Parteiinteressen stärker als die gemeinsame Verantwortung für stabile politische und wirtschaftliche Verhältnisse. Schließlich wurde das Scheitern der Regierung einmal mehr eher in Kauf genommen als der Konflikt mit der eigenen Klientel.

Danach bestimmte nicht mehr das Parlament über gesetzliche Regelungen, sondern der Reichspräsident über die sog. Notverordnungen. Der Reichstag hatte sich als Gesetzgebungsorgan längst aufgegeben, bevor er mit der Zustimmung zu Hitlers „Ermächtigungsgesetz“ seine eigene Abdankung beurkundete. Die Republik von Weimar ist keineswegs nur an ihren vielen Gegnern, die es zweifellos gab, zugrunde gegangen, sondern auch und vor allem durch das Versagen ihrer demokratischen Stützen.

Es ist nicht unbedingt tröstlich, aber doch redlich, darauf hinzuweisen, dass in keinem der im Ersten Weltkrieg unterlegenen Staaten die neuen parlamentarischen Systeme die stürmischen Zeiten zwischen den beiden Kriegen überlebt haben. Ihre Verfassungen waren keineswegs gleich, eher schon ihre politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Für die gelegentlich allzu vordergründige Suche nach Kausalitäten ist dies jedenfalls nicht belanglos.

Für das Scheitern der Weimarer Republik gibt es viele Gründe, die Mängel ihrer Verfassung gehören wohl dazu. Theodor Heuss, der ihren Aufbau wie ihre Auflösung persönlich erlebt und politisch begleitet hat, verwies während der Beratungen des Parlamentarischen Rates 1948 auf die „offenkundigen Fehlkonstruktionen in der Weimarer Verfassung selber“.

Aber es waren weder alleine die institutionellen Strukturfehler noch der Versailler Vertrag, weder die Reparationszahlungen am Anfang und die Weltwirtschaftskrise

am Ende, nicht einmal das Elend einer steigenden Massenarbeitslosigkeit, gewiss nicht die versäumte Demokratisierung von Justiz und Verwaltung oder das Fehlen eines unabhängigen Verfassungsgerichts. Und auch nicht die Plebiszite: gegen Volksabstimmungen gibt es durchaus beachtliche Argumente, aber dass sie die erste parlamentarische Demokratie in Deutschland zerstört hätten, lässt sich nicht ernsthaft vortragen.

Tatsächlich hätte die junge Republik die eine oder andere der genannten Belastungen vielleicht bewältigen können, unter der geballten Gleichzeitigkeit der Herausforderungen wie der eigenen Fehler ist sie zusammengebrochen.

Die Weimarer Republik war – im Unterschied zu den Verhältnissen davor und danach – eine Demokratie, natürlich nicht ohne Demokraten, wie später allzu geringschätzig immer wieder behauptet wurde, aber gewiss mit zu wenig engagierten Demokraten, sie war eine Republik, in der die Republikaner nie eine verlässliche Mehrheit hatten – nicht einmal für die Wahl des Staatsoberhauptes. Insofern war ihr Ende weder zwangsläufig noch zufällig.

Auf den Tag genau drei Jahre nach der Unterzeichnung der Weimarer Verfassung, am 11. August 1922, hat Reichspräsident Ebert das Lied der Deutschen von Hoffmann von Fallersleben zur Nationalhymne

des Deutschen Reiches bestimmt. Es hat dann noch beinahe siebenzig Jahre gebraucht, bis das Ziel erreicht war, das in diesem Lied aus der Zeit weit vor der Gründung eines deutschen Nationalstaates formuliert ist: „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“.

In diesem Jahr 2009 erinnern wir uns nicht nur an die Weimarer Verfassung vor 90 Jahren und ihren Beitrag auf diesem langen und steinigen Weg, sondern auch an die Gründung zweier deutscher Staaten in einem geteilten Vaterland nach dem Zweiten Weltkrieg, der vor 70 Jahren vom nationalsozialistischen Deutschland ausging, und an das Grundgesetz, das vor 60 Jahren den zweiten Aufbruch unseres Landes in den Kreis der großen westlichen Demokratien ermöglicht und eröffnet hat.

Vor 20 Jahren ist schließlich die Mauer in Berlin gefallen. Damit war endlich für alle Deutschen der Weg offen für Einigkeit und Recht und Freiheit.

„Blüh im Glanze dieses Glückes, blühe deutsches Vaterland!“

Impressionen vom Festakt „90 Jahre Weimarer Reichsverfassung“





IMPRESSUM

Herausgeber: THÜRINGER STAATSKANZLEI,
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit,
Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt

Fotos: LOUIS HELD,
STADTARCHIV WEIMAR,
631-M/1, THÜRINGER LANDTAG

Layout: <I-D>
internet + Design GmbH & Co. KG, Weimar

Druck: D | M | Z
Druckmedienzentrum Gotha GmbH, Gotha